

KOMMENTAR

„Durchbruch“ bei zweiter Stammstrecke
Risiken & Nebenwirkungen

Man kann auch für die zweite Stammstrecke sein – und trotzdem die Risiken und Nebenwirkungen des Tunnels kritisch beleuchten. Die von dem Grünen-Politiker Martin Runge vorgetragene Bedenken sind ernst zu nehmen. Bayern streckt für den Bau der Röhre den Bundeszuschuss auf lange Sicht vor. Damit bindet sich der Freistaat mit über drei Milliarden Euro, eine Größenordnung, die an das unselige Landesbank-Engagement erinnert. Nun, ein S-Bahn-Tunnel ist sinnvoller als der Kauf einer Kärntner Pleitebank. Trotzdem klingt es

Transparenz ist geboten

logisch, dass das Geld für andere Bahnprojekte knapp werden wird – wenn nicht plötzlich ganz neue Geldtöpfe auftauchen. Ob der Verkehrsminister eine Garantieerklärung zur Finanzierung anderer schöner Projekte wie der S7-Verlängerung oder der U-Bahn nach Martinsried geben würde, steht dahin.

Das mindeste, was man verlangen darf, ist maximale Transparenz. Nicht nur bei der Finanzierung ist weitere Aufklärung geboten, auch beim Betriebskonzept für die zweite Röhre sind Fragen legitim. Beispielsweise zu dem Punkt, welche S-Bahn-Linien denn künftig durch den zweiten Tunnel fahren (und damit wichtige Innenstadt-Stationen wie den Stachus auslassen) – und welche nicht. Wer Fragen – wie geschehen – einfach wegwischt, der muss sich über bohrende Kritik nicht wundern.

» LESEN SIE DAZU SEITE 10: „MILLIARDENPROJEKT ...“



Dirk Walter

Sie erreichen den Autor unter Dirk.Walter@merkur.de



Stau nach tödlichem Unfall Viele Pendler mussten sich am Dienstagmorgen stundenlang im Berufsverkehr gedulden. Ein tödlicher Unfall hatte den Verkehr auf den Autobahnen 96 und 99 lahmgelegt. Im Autobahntunnel bei Gräfelfing

(Kreis München) in Richtung München steuerte ein 52-jähriger Mann seinen Wagen auf den Pannstreifen, stieg aus und betrat unmittelbar vor einem Lastzug die Fahrbahn. Der polnische Fahrer hatte keine Chance mehr auszuweichen und überrollte den Mann, der dabei ums Leben kam. Die Po-

lizei geht von einem Suizid aus. Auch im unterfränkischen Bad Königshofen waren am Montagabend zwei Frauen bei einem Frontalzusammenstoß ums Leben gekommen. Eine 22-Jährige war mit ihrem Wagen in einer lang gezogenen Rechtskurve auf die Gegenspur geraten. TEXT: MS, FOTO: GAULKE

NEUE ZAHLEN DER BUNDESREGIERUNG

Vielen Frauen droht Altersarmut

123 000 Bayern sind im vergangenen Jahr altersbedingt in Rente gegangen. Aktuelle Zahlen zeigen: Die Hälfte von ihnen bekommt weniger als 800 Euro im Monat. Besonders benachteiligt sind Frauen.

VON MARCUS MÄCKLER

München – Seit kurzem geht Katharina Martin, 68, zur Tafel. Das hat ihr eine Freundin empfohlen und Martin hielt es gleich für eine gute Sache. Sie spart auch auf andere Weise, kocht möglichst günstig, kauft T-Shirts für 2,99 Euro und geht nur sehr selten mal einen Kaffee trinken. „Es darf aber nichts kaputt gehen“, sagt sie. Denn auf die Seite legen kann sie nichts.

Martin lebt in Fürstenfeldbruck und heißt eigentlich anders. Aber in einem Artikel über Altersarmut möchte sie lieber nicht mit richtigem Namen auftauchen. Sie fühlt sich

auch nicht wirklich arm. „Ich zähle mich immer noch zum Mittelstand“, sagt sie. Mit einer gesetzlichen Rente von 969 Euro liegt sie allerdings deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle, die in Bayern bei 1025 Euro liegt. Martin ist stolz und genügsam, aber sie glaubt trotzdem, dass in der Rentenfrage irgendetwas schief läuft.

Frau, Rentnerin, arm – das ist auch in Bayern keine untypische Kombination, wie aktuelle Zahlen zeigen. Von den 122 728 Männern und Frauen, die 2015 altersbedingt in Rente gingen, bekommen gut 63 000 weniger als das Grundversicherungsniveau von 800 Euro im Monat. Der Großteil davon, nämlich gut 45 000, sind Frauen, die restlichen 18 000 Männer. In Oberbayern spiegelt sich dieses Verhältnis mit 14 000 Frauen und 6500 Männern in etwa wider.

„Die Zahlen offenbaren ein erschreckendes Maß an Geschlechterungerechtigkeit“, sagt die Germeringer Bundestagsabgeordnete Beate Walter-Rosenheimer (Grüne). Sie hat die Zahlen von der Bundesregierung angefordert. Frauen, sagt sie, müssten ihre Berufstätigkeit häufiger unterbrechen, um Kinder zu erziehen oder Angehörige zu pflegen. Diese Lücken führten dazu, dass Frauen im Alter kaum genug

Geld zum Leben bleibt.

Die Zahlen, die sie liefert, haben allerdings einen Haken, wie die Bundesregierung in ihrer Antwort betont: Sie berücksichtigt nicht die weiteren Alterseinkommen noch den Kontext des Gesamthaushalts, in dem die Rentnerinnen leben. In vielen Haushalten gibt es eben zwei Renten, die in der Summe reichen.

Bis 2010 war das auch bei Katharina Martin so. Aber damals starb plötzlich ihr Partner und mit einem Mal fiel die höhere Rente weg. Die beiden waren nicht verheiratet, darum hat sie auch keinen Anspruch auf Witwenrente. Sie dachte auch schon daran, sich mit einem Minijob etwas dazuzuverdienen. Sie hatte Vorstellungsgespräche, ging aber stets leer aus. „Die haben lieber 20-Jährige genommen.“

Bei der Vorstellung seines Rentenreports warnte auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) vor kurzem vor der steigenden Gefahr von Altersarmut, vor allem bei Frauen. Danach bekommen Män-

ner, die 2015 im Freistaat in Rente gegangen sind, durchschnittlich 1049 Euro Rente pro Monat, Frauen 616 Euro – und damit 40 Prozent weniger. Der DGB gab sogar an, dass mehr als die Hälfte der Frauen mit weniger als 600 Euro im Monat leben müssen.

Katharina Martin hat kürzlich einen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) geschrieben, in dem steht, dass es so wie bisher nicht mehr weitergehen könne. Mit dieser Meinung ist sie nicht alleine. Beate Walter-Rosenheimer fordert etwa eine Garantierente von 850 Euro im Monat für jeden, der 30 Versicherungsjahre vorweisen kann. Der Sozialverband VdK möchte, genau wie der DGB, ans Rentenniveau ran. Das müsse stabil gehalten und langfristig auf 50 Prozent angehoben werden, sagte eine VdK-Sprecherin. „Man kann das tun, ohne gleich wieder auf den Versicherungsbeitrag zu schauen.“ Ihr Verband will bald Vorschläge machen, wie das zu bewerkstelligen ist.

EISHOCKEY

Eltern geraten auf Tribüne aneinander

Beim Eishockey kann es schon mal handfest werden. In der Regel jedoch auf dem Eis und nicht auf der Tribüne. Bei einem Eishockey-Jugendspiel zwischen dem SG Dingolfing/Dorfen und der SG Pfaffenhofen/Ingolstadt in Dingolfing sind am Samstag aber die Eltern der U16-Spieler aneinander geraten. Erst wurde auf dem Eis gerauft, dann übertrug sich der Konflikt offenbar auf die Eltern. Am Ende verpasste ein 49-jähriger Spielervater aus Dorfen einem 47-Jährigen aus dem Kreis Pfaffenhofen eine Kopfnuss, wie die Polizei mitteilte. Nach einer längeren Pause konnte das Spiel fortgesetzt werden – gegen den Kopfnuss-Verteiler wird nun aber wegen vorsätzlicher Körperverletzung ermittelt. mas

NAMENSTAG HEUTE

Kirchenlehrer

Johannes vom Kreuz kam 1542 in der spanischen Provinz Kastilien zur Welt. Ihm schien die Laufbahn eines armen Handwerkers vorausbestimmt. Doch er arbeitete schon in der Jugend lieber als Krankenpfleger im nahen Spital. 1563 trat er in den Karmeliterorden ein. 1568 wurde er zum Priester geweiht. Mit Theresia von Avila bemühte er sich um die Reform des Ordens, stieß jedoch auf wenig Gegenliebe. Für seinen Orden hatte er viele Reformpläne, die allerdings nicht verwirklicht wurden. Johannes vom Kreuz starb 1591 enttäuscht und verbittert. Erst nach seinem Tod wurde die Bedeutung des Theologen erkannt. 1926 wurde er zum Kirchenlehrer erhoben. sol

VOR 10 JAHREN

Kruzifix-Streit

Baldham und die Kreuzesfrage: Nachdem sich ein Elternpaar über das Kruzifix im Klassenzimmer ihres Sohnes beschwert hat, haben sie und die Schulleitung sich geeinigt: Die Kruzifixe mit dem Körper des gepeinigten Christus, die die Eltern zu martialisieren finden, werden **peu à peu durch bunte Holzkreuze aus Tansania ersetzt.** Sie sind mit christlichen Motiven wie Regenbogen und Fischen verziert. Auch Geistlichkeit und Politik sind damit einverstanden. Ein Sprecher des Kultusministeriums sagte, ein schlichtes Kreuz reiche aus. Es ist aber ein Kompromiss unter Vorbehalt. Die Eltern haben sich den Weg offen gelassen, die vollständige Entfernung der Kreuze zu verlangen.

Anzeige

Münchens Größter Schmuck-Ankauf
ZAHN- & ALTGOLD
SCHMUCK-ÜHREN
Juwelier G. Mayer GmbH
Karlsruhe 45
089/595105
WIR SUCHEN DRINGEND MARKENSCHMUCK
Ständiger Barankauf
Markenschmuck
Diamantschmuck
Markenuhren
Haben auch Sie verborgene Schätze?
Verkaufen Sie Ihren hochwertigen Schmuck nicht zum Alltagspreis - er kann mehr wert sein!
Mo. - Fr. 10.00 - 18.00 Uhr

REGENSBURG

Autofahrerin zu schnell für Räuber

Als zu reaktionsschnell für einen Räuber hat sich in Regensburg eine 66 Jahre alte Autofahrerin erwiesen. Nach Angaben der Polizei vom Montag hatte der etwa 18 Jahre alte Angreifer der Frau aufgelauert, die bei halb geöffnetem Fenster in ihrem Wagen saß. Der Täter hielt der 66-Jährigen ein Messer an den Hals und forderte von ihr Geld. Davon ließ sich die Frau aber nicht beeindrucken: Sie startete ihr Fahrzeug und brauste unverletzt davon. Der leer ausgegangene Räuber suchte frustriert das Weite. lby

Staatssekretärin wirbt für Skoda
Umstrittener Autotest der CSU-Politikerin – „ein Super-SUV“

München/Berlin – Die Grünen haben einen Autotest der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, Dorothee Bär (CSU), kritisiert. „Es kann nicht sein, dass eine Staatssekretärin Werbung für ein Auto macht“, sagte Grünen-Fraktionsvize Oliver Krischer dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. „Es muss Schluss sein mit der Kumpagne zwischen Bundesregierung und Autoindustrie.“

Bär hatte für die „Bild am Sonntag“ einen Skoda-Geländewagen („Skoda Kodiaq“) getestet. Mit dem fast 1,8 Tonnen schweren SUV ging es über Feldwege. Die Federung war in Ordnung, alles lief gut, nur mit einigen Extras wie die 38-Jährige nicht zufrieden. „Der Schminkspiegel auf der Sonnenblende ist zu



Fuhr im Skoda Kodiaq über Feldwege: Dorothee Bär (hier mit ihrem Minister Alexander Dobrindt). FOTO: DPA

klein“, mokierte sich die Staatssekretärin im Hause des Bundesverkehrsministers Alexander Dobrindt laut „Bams“. Gut gefielen ihr das beheizbare Lenkrad und die Sitzheizung der Rückbank. Im Text, der am vergangenen Sonntag erschien, wird die CSU-Politi-

ker aus dem fränkischen Ebelsbach (Kreis Haßberge) am Ende mit den Worten zitiert: „Das Preis-Leistungs-Verhältnis bei diesem Auto ist der Hammer. Ein super SUV.“ Ein Ministeriumssprecher wies Bedenken gegen die Aktion zurück. m/m/dpa

Mehr Hackerangriffe

Söder: Täglich 40 000 Attacken auf Bayerns Behörden

München – Bayerische Behörden werden immer häufiger Ziel von Hacker-Angriffen im Internet. „Die Angriffslage auf unsere Systeme hat sich in den letzten Jahren massiv gesteigert“, sagte Finanzminister Markus Söder (CSU), auch Chef-Aufseher über die digitale Infrastruktur des Freistaats, gestern in München. Täglich gebe es 40 000 Angriffe auf das bayerische Behördennetz. Auf den Servern des Freistaats seien viele hochsensible Informationen über Bürger gespeichert, wie Steuer-, Eigentums- und Justizdaten.

Laut Söder sind an das Behördennetz, dem Staatseinrichtungen, Landratsämter und mehr als die Hälfte der Kommunen angehören, rund 300 000 Computer angeschlossen. Erst kürzlich hatte

die Staatsregierung beschlossen, sie stärker zu schützen. Als erstes Bundesland will der Freistaat ein eigenes Landesamt für IT-Sicherheit gründen. Bis 2025 sollen der Behörde 200 Spezialisten angehören. Von ihrem Know-how sollen auch die Kommunen profitieren. Bisher gibt es ein solches Amt nur auf Bundesebene.

Innenminister Joachim Herrmann (CSU) forderte, auch im Bund mehr für Cybersicherheit zu tun. Hersteller von IT-Produkten müssten mehr auf Sicherheit achten, Verbraucher besser aufgeklärt werden. Zudem müssten Speicherfristen von Daten für die Telekommunikationsfirmen ausgeweitet werden. Auch ausländische Firmen müsse man stärker Auskunftspflichten unterwerfen. thu